Stellungnahme der FDP Billerbeck zum Haushalt 2018

Billerbeck, im Dezember 2017

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
verehrte Ratskolleginnen- und Kollegen, liebe Gäste

Entgegen der Planung des Haushalts für 2017 kann dieser nun doch nicht ohne Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage abgeschlossen werden und nach der mittelfristigen Finanzplanung sollen die folgenden Haushalte bis 2021 ebenfalls nur durch Rückgriffe auf die Ausgleichsrücklage fiktiv ausgeglichen werden. Das kontinuierliche Abschmelzen der Rücklage von 4,1 in 2016 auf 1,7 Millionen € in 2021 ist aus Sicht der Liberalen so nicht hinnehmbar. Wenn wir so weiter machen, landen wir irgendwann in der Haushaltssicherung. Nur mit großen Anstrengungen sind wir vor einigen Jahren der Haushaltssicherung entronnen. Diese Anstrengungen müssen wir für die kommenden Jahre wohl wiederholen. Das durch Ratsbeschluss manifestierte Ziel, auch die kommenden Jahre einen ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden, darf aus der Sicht der Freien Demokraten auf keinen Fall gekippt werden.

Nach wie vor werden die Etatansätze des Haushalts der Stadt von bundes- landes- und kreispolitischen Rahmenbedingungen bestimmt, die es uns auch in Zukunft schwer machen, eine verlässliche Haushaltsplanung zu verabschieden. Gott sei Dank, hat die nunmehr von der CDU und FDP geführte Landesregierung die durch Rot-Grün getroffene Benachteiligung der Kommunen geändert und dadurch den Kommunen erheblich mehr Mittel zur Verfügung gestellt, um die ihr übertragenen Aufgaben ausreichend finanzieren zu können. Als Beispiel nur einige Eckdaten dieser Politik, die den Haushalt der Stadt Billerbeck entlastet und belastet:

Jährlich werden in dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) des Landes NRW die Parameter für die Ermittlung der Schlüsselzuweisungen neu festgelegt. Billerbeck wird daher in den kommenden Jahren nicht mehr zu einer Solidaritätsumlage für die verschuldeten Städte des Ruhrgebiets heran gezogen. Wenn ich mich recht erinnere entlastet das den Billerbecker Haushalt um rd. 180.000 €.

Der Kreis Coesfeld finanziert seinen Haushalt durch die Kreisumlage, die er von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden einsammelt. Diese Umlage ist für die vergangenen Jahre und auch für den Haushalt 2018 erheblich zu hoch angesetzt worden. Die erzielten Überschüsse hat der Kreis im Endeffekt seiner allgemeinen Rücklage zufließen lassen und entzieht sie dadurch den weiteren Planungen der Politik. Die Kreisumlage könnte unserer Ansicht nach erheblich gemindert werden und würde dadurch den Billerbecker Haushalt erheblich entlasten.

Kommen wir nun zu den kommunal verursachten Defiziten im Billerbecker Etatentwurf, die hier nur beispielhaft aufgezählt sind.

Die weiterhin anhaltend gute Konjunktur lässt die Gewerbesteuereinnahmen in Billerbeck sprudeln. Umso mehr ist es uns Liberalen unverständlich, dass es bei derart guten Konjunkturdaten auch in Zukunft Probleme geben wird, den Haushalt f auszugleichen. In 2017 hat eine unerwartet hohe Rück-

zahlung bei der Gewerbesteuer dazu geführt, dass der Haushalt nur durch den Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage fiktiv ausgeglichen werden konnte.

Wir Liberalen stellen wie in 2017 die gleichen Fragen, in deren Antworten ein erheblicher Anteil zu suchen ist, warum der Haushalt nur mit einem Rückgriff in Höhe von **über einer Millionen €** in die Ausgleichsrücklage fiktiv ausgeglichen werden kann.

Liegt es möglicher Weise daran, dass aufgrund der hohen Investitionen der Stadt Billerbeck im Bereich des sozialen Wohnungsbaus für die Zukunft weitere Haushaltslöcher geschaffen werden? Für uns stellt sich daher die Frage, ob der Bau von Sozialwohnungen tatsächlich originäre Aufgabe einer Kommune ist? Sollte sie nicht lieber, diese Aufgabe dem freien Markt überlassen? Jedenfalls würden in dem Fall die Aufwendungen für Unterhaltung und Bewirtschaftung nicht den Gemeindeetat belasten.

Ein steigender Ansatz dieser Aufwendungen für Unterhaltung und Bewirtschaftung der stadt eigenen Liegenschaften in den Haushalten 2016, 2017 und 2018 gegenüber 2015 hat mit dazu beigetragen, dass der Haushalt nicht ausgeglichen werden konnte. 2015 betrug der Ansatz 3,9 Millionen €. Im Haushalt 2018 werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, in dem die Aufwendungen für die Unterhaltung und Bewirtschaftung enthalten sind, immer noch mit 5,8 Millionen € also mit einem Mehr von 2015 zu 2018 von 1,9 Millionen € angesetzt.

Die Freien Demokraten in Billerbeck sind nach wie vor der Meinung, dass die Stadt einen viel zu großen Gebäudebestand unterhält und bei Reduzierung des Bestandes erhebliche Kosten für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude einsparen kann. Die Stadt verfügt u. a. seit Jahrzehnten über vier Schulstandorte. Bei ständig sinkenden Schülerzahlen muss endlich eine Antwort auf die Frage gefunden werden, ob nicht ein Schulstandort geschlossen oder einer anderen Nutzung wie z. B. einem Kindergarten zugeführt werden kann. Wir hoffen, dass die in Auftrag gegebene Untersuchung bald eine Antwort dazu geben wird. Priorität muss auf jeden Fall bleiben, das Billerbeck eine weiterführende Schule behalten kann. Wir begrüßen die von uns immer schon geforderten Kooperationen mit den Nachbargemeinden und unterstützen die aktuell geführten mit der Gemeinde Havixbeck Gespräche über eine baldige und erfolgreiche Kooperation unserer Schulen.

Das Verfahren zur Suche nach dem Standort für einen Drogeriemarkt im Innenstadtbereich hätte zumindest deutlich beschleunigt werden können, wenn damals alle Parteien einem Strang gezogen hätten und nicht jeder sein eigenes Süppchen gekocht hätte. Die öffentlich ausgetragene Diskussion war dem deutlich abträglich.

Die FDP hält nach wie vor an der Einrichtung eines Bürgerbüros im Erdgeschoss des Rathauses fest, um allen Billerbecker Bürgern einen barrierefreien Zugang zu den Dienstleistungen der Verwaltung zu verschaffen. Nach eigenem Erlebnis zur Bundestagswahl war das Wahlbüro im OG für Gehbehinderte mit einem elektrischen Rollstuhl trotz Aufzug nur sehr schwer zu erreichen. Wäre es nicht besser gewesen, die Ausgabe von Briefwahlunterlagen im EG stattfinden zu lassen.

Die Bauarbeiten in der Langen Straße sind abgeschlossen. Diese kosmetischen Veränderungen der Innenstadt sehen wir sehr positiv. Leider ist man mit der Belegung der Innenstadt dadurch keinen Schritt weiter gekommen. Deshalb wiederhole ich an dieser Stelle das in den vergangenen Jahren gesagte. Verwaltung und Politik müssen Strategien entwickeln, um die Leistungsfähigkeit der Innenstadt nachhaltig zu stärken. Wir Liberalen setzen uns daher weiter für ein Stadtentwicklungskonzept

ein, in dem langfristige Ziele der Stadt verankert werden. Stadtentwicklung nur mit einem Einzelhandelskonzept und dem Integrierten Handlungskonzept zu betreiben hat in der Vergangenheit nicht funktioniert und wird uns auch in Zukunft nicht weiterbringen. Das bislang vergebliche Bemühen um die Ansiedlung eines Drogeriemarktes bestätigt uns in dieser Annahme.

Die Aussichten für die nächsten Jahre lassen aufgrund der mittelfristigen Finanzplanung eine Verbesserung der Finanzlage der Stadt Billerbeck nicht erwarten. Ziel muss es bleiben, die Entschuldung der Stadt weiter voran zu treiben und dabei nicht nur fiktiv ausgeglichene Haushalte mit Rückgriffen auf die Ausgleichsrücklage, vorzulegen. Ein Weiter so, wie in den vergangenen Jahren darf es nicht geben. Wenn wir es nicht einmal hinbekommen in guten konjunkturstarke Jahren einen ausgeglichenen Haushalt zu beschließen, werden wir es in schlechteren Zeiten erst recht nicht schaffen. Dieser Haushalt wird späteren Generationen nicht gerecht.

Daher stimmt die FDP dem vorgelegten Haushalt 2018 **nicht** zu.

Zum Schluss möchte ich, wie auch im letzten Jahr, Frau Lammers und ihrem Team den Dank der Liberalen aussprechen, dass sie den umfangreichen Etatentwurf erstklassig und für alle verständlich auf dem Weg gebracht.

Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Frank Wieland

FDP Billerbeck